

## ***Finanztransaktionssteuer oder "Steuer gegen Armut"? Was die Politik bedenken sollte.***

### **Von der großen Bedeutung eines kleinen Symbols**

Vorlesung an der Humboldt-Viadrina School of Governance, Berlin, 1.12.2010, aktualisiert am 13.12.2010

Gliederung:

1. Vorbemerkungen und Einleitung
2. Die offensichtliche Gerechtigkeitslücke
3. Partikularinteressen, Demokratie und Bürgerwille
4. Die Zeit des "Wutbürgers"?
5. Konsequenzen aus der globalen Vernetzung
6. Die Chance für neue Leitbilder und die Rückgewinnung des politischen Primats
7. Politiklegitimation und Konsens jenseits von Partikularinteressen
8. Schlussfolgerung: Einstieg in die globale Schicksalsgesellschaft

### **Vorbemerkungen und Einleitung**

Ich bin gebeten worden, einen Vortrag zu halten, der sowohl das Ende Ihres Workshops markiert als auch eine öffentliche Vorlesung sein soll. Was kann ich also sagen, das dennoch für zwei so verschiedene Zielgruppen interessant sein kann? Vielleicht dies:

Warum heißt unsere Kampagne eigentlich "Steuer gegen Armut" und nicht schlicht "Finanztransaktionssteuer-Kampagne"? Und: warum erfreut sie sich in der Zivilgesellschaft und unter den Bürgern einer solchen Popularität? Dabei muss ich bekennen, dass der Erfolg der Kampagne "Steuer gegen Armut" angesichts der Komplexität des Themas weder angenommen noch vorhergesehen wurde. Dass es so gekommen ist, wie nun mal der Fall, verblüffte mich ebenso wie viele andere und lässt mich natürlich fragen: Woran liegt es?

Zunächst aber einige Darlegungen warum ich die Kampagne mit ihrer Doppelforderung initiiert habe, d.h. sowohl nach der Einführung einer Finanztransaktionssteuer als auch nach der Verwendung der Einnahmen für die Bekämpfung von Armut, von Klimawandel-Folgeschäden und zur Förderung von Entwicklung.

Als ich mich im Mai 2009 mit dem Thema Finanzkrise beschäftigen musste war mir irgendwie klar, dass es eine Tobin Tax gibt und dass sie was mit Spekulation zu tun hat. Erst als ich merkte, dass davon bei allen G20 Verhandlungen nie die Rede ist, beschäftigte ich mich intensiver mit dem Thema.

Von Anfang an verwunderte mich etwas in der Ideengeschichte und aktuellen Debatte der Finanztransaktionssteuer: Sowohl Keynes als auch Tobin diskutieren sie lang und breit – aber nur hinsichtlich ihrer Einflüsse auf Spekulation und Auswüchse auf den Finanzmärkten. Von Keynes ist der Ausspruch: Man solle, wenn man das Casino schon nicht schließen kann,

wenigstens den Eintritt verteuern.<sup>1</sup> Und von Tobin stammt das Diktum, die Steuer diene dazu, "Sand ins Getriebe" der Spekulation zu streuen.<sup>2</sup> Keiner von den beiden kümmerte sich um das Nebenprodukt dieses Vorhabens, nämlich das auf diese Weise eingenommene Geld.

Dies war auch das allererste, was mir bei der Durchsicht des Programms Ihrer heutigen Workshops auffiel: Es ging um die Akzeptanz, die Machbarkeit, die Wirkung usw. der Finanztransaktionssteuer, aber nicht um das Geld, das auf diese Weise eingenommen wird. Dabei ist das eingenommene Geld genau das, was für mich als jemand, der in der Entwicklungszusammenarbeit tätig ist, von größtem Interesse ist, denn:

Aufgrund meiner bisherigen und aktuellen Arbeit weiß ich aus erster Hand, welche enormen Schäden der Crash des globalen Finanzsystems auch außerhalb der westlichen Welt angerichtet hat. Und ist es dann nicht recht und billig, von jenen, die uns das angerichtet haben, einen angemessenen Beitrag zur Folgenabmilderung zu verlangen?

Dazu kam es aber bis heute nicht: Allzu schnell scheffelten allzu viele nach allzu kurzer Zeit schon wieder allzu hohe Boni, während Forderungen nach einem Beitrag des Finanzsektors zur Folgeschadenbehebung auf taube Ohren stießen. Selbst Versuche, Finanzinstitutionen – um auch Versicherungen, Hedge Fonds und andere Finanzmarkkteure neben den Banken klar einzubeziehen – über einen Fonds zur Beteiligung an der Absicherung *künftiger* durch sie verursachte Krisen zu beteiligen, stießen auf erbitterten Widerstand mit Verweis auf Wettbewerbsnachteile, Doppelbesteuerung oder drohende Abwanderung von Institutionen und qualifiziertem Personal.

Hier frage ich mich, wie viele andere auch: Warum lässt man sich das gefallen? Sind wir wirklich so hilflos geworden? Und wenn ja, wäre es nicht an der Zeit, ein Umsteuern entschieden anzugehen und dafür Koalitionen zu schmieden?

Man kann die Problemstellung natürlich auch tagesaktuell formulieren, etwa: Gibt es einen gemeinsamen Nenner zwischen der Irlandpleite und dem Rettungspaket von 85 Milliarden Euro, Libyens Diktator Gaddafi, der 5 Milliarden Euro jährlich will, um Europa vor illegaler Zuwanderung zu schützen<sup>3</sup>, den wütenden Bürgerprotesten gegen "Stuttgart 21" und der gegenwärtigen Terror-Bedrohung?

Um all dies wird es im Folgenden gehen.

Meine Darlegungen wurden ihnen als "ethisch-moralischer Hintergrund" angekündigt. Ich hoffe, dass Sie diese Formulierung nicht irritiert hat. Aber wenn man dies in das Vokabular eines heute gängigeren Paradigmas übersetzt, heißt es schlicht und ergreifend: "Wie muss ich mein Erzeugnis verpacken, damit die Leute es mir abkaufen?" Das versteht man sofort 😊

Auch wurde ihnen eine Vorlesung angekündigt. Ich habe tatsächlich alles ausgearbeitet, mit vielen Endnoten. Nur: Kaum etwas auf der Welt ist schlaffördernder als eine Vorlesung. Ich werde also wenig vorlesen sondern eher so reden, wie ich's sonst tue. Aber da dies gewöhnlich auf Kosten von Leidenschaftslosigkeit und Objektivität geht, sage ich jetzt schon: Es zählt das geschriebene Wort.

Dies gilt umso mehr, da ich diese Darlegungen als "work in progress" betrachte:  
Entsprechend danke ich allen, die den Text vorab gelesen und kommentiert haben.

Die gängige Diskussion erfordert leider, dass ich zu Beginn noch auf Einwände eingehe, die in diesem Zusammenhang stets geäußert werden:

Erstens: Der Begriff "Steuer gegen Armut". Hier wird mir entgegengehalten: Ihr könnt keine Zweckbindung der Steuereinnahmen verlangen, denn Steuern gehören dem Staat, der souverän entscheidet, wofür das Geld ausgegeben wird. Ja, klar, wir hätten besser von Anfang an von einer "Abgabe gegen Armut" gesprochen. Aber trotzdem erkenne ich kein unüberwindbares Problem: Letzten Endes entscheidet das Parlament, wohin Steuereinnahmen gehen,<sup>4</sup> und wo steht geschrieben, dass das Parlament nicht im Sinne unserer Forderung entscheiden kann?

Zweitens: Natürlich sind wir der Meinung, dass schon die Einführung einer Finanztransaktionssteuer als solche als Erfolg gesehen werden kann. Von einem stabileren Finanzsystem mit weniger exzessiver und "gesellschaftlich nutzloser" Spekulation (Lord Adair Turner)<sup>5</sup> profitieren alle, auch die armen Länder.

Drittens sagen einige: Sei nicht so dogmatisch. Vielleicht sind Bankenabgabe oder Finanzaktivitätssteuer ja doch besser als eine Finanztransaktionssteuer! Nein, sie sind weniger geeignet, sozialschädliches Verhalten zu bekämpfen, sie generieren, nach allen bisher diskutierten Szenarien, keine Einnahmen in vergleichbarer Höhe, und: Die Finanzaktivitätssteuer wirft aus Expertensicht verfassungsrechtliche Probleme auf.<sup>6</sup>

*Last not least* heißt es: Ihr überbewertet diese Steuer. Damit hätte man die vergangenen Krisen weder verhindern können noch wird es künftige Krisen verhindern. Korrekt. Dennoch sind wir der Meinung, dass dieser winzig kleinen Steuer eine große Symbolkraft innewohnt bzw. innewohnen kann, die man nicht unterschätzen sollte. Und jetzt geht's endlich zur Sache.

## **Die offensichtliche Gerechtigkeitslücke**

Bei der Frage: Warum soll es eine Finanztransaktionssteuer geben?, geht es zunächst um Gerechtigkeitsaspekte. Natürlich stellt sich heute der Neoliberale oder der Christ etwas sehr Unterschiedliches darunter vor, was Gerechtigkeit ist. Aber: Folgendes dürfte in Deutschland zumindest mehrheitsfähig sein: Es war immer schon fragwürdig und ist seit der Finanzkrise erst recht nicht mehr rechtfertigbar, warum der Finanzsektor für den Handel mit seinen Produkte keine angemessenen Umsatzsteuern zahlen soll. Wohin das ungesteuerte und unbesteuerte Finanzsystem uns geführt hat haben wir gesehen. Nun ist von Re-Regulierung die Rede, dazu gehört aus unserer Sicht auch das Reden von Steuern. Das ist man zunächst einmal den Bürgern schuldig, deren Steuercent's letztlich noch Schlimmeres verhindert haben.

Und hier kommt der Finanztransaktionssteuer erstmals eine symbolische Bedeutung zu: Sie ist ein konkreter Prüfstein, ob seitens der Regierungen der Wille und die Entschiedenheit vorhanden ist, die Partikular- und Privatinteressen des Finanzsektors und seiner Akteure wieder an das Gemeinwesen und die Gemeinwohlaufgaben zurückzubinden oder nicht. Bleibt es dabei, dass alle bisherige Finanzmarktreform vielleicht dazu führt, dass der Bankensektor

stabiler wird, ansonsten aber immer noch gilt, dass Gewinne privatisiert, Verluste hingegen sozialisiert werden, dann bleibt ein Gerechtigkeitsdefizit bestehen.

Entsprechend gibt es auch international eine Gerechtigkeitslücke: Es ist das neoliberale Paradigma, welches den Finanzsektor zu seinem größten Profiteur gemacht hat,<sup>7</sup> welches aber zugleich schuld daran ist, dass sich national und international die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter geöffnet hat – unabhängig von dem Crash und seinen Folgen, die noch dazukamen. Aus diesem Grund ist es nur recht und billig, wenn man ab sofort dieser schmalen Elite den Umsatz mit 0,05% besteuert und die Erlöse dorthin verteilt, wo sie am dringendsten benötigt werden.<sup>8</sup>

## **Partikularinteressen, Demokratie und Bürgerwille**

Es geht sodann um die ordnungspolitische Priorität, die Demokratie und demokratisch legitimierte und verantwortliche Institutionen vor anderen gesellschaftlichen Institutionen und Akteuren haben bzw. um den Respekt, den politische Institutionen genießen sollten und der seit Jahren im Sinkflug begriffen ist. Schon zu lange besteht der Eindruck, dass die Politik in wichtigen Bereichen zum Handlanger globaler Finanzinteressen zu verkommen droht, die den Markt und Wettbewerb über alles stellt und entsprechend Deregulierung, Privilegierung und andere Freiheiten fordert. Der Bürger hatte stets den Eindruck, dass seine Interessen, z.B. Arbeitsplätze oder Arbeitsrechte, im Konzert der *Stakeholder* eine geringere Rolle spielen als die der Akteure der Finanzindustrie und ihnen nahestehende Lobbygruppen.

Jetzt war es aber der Bürger mit seinem Geld, der Banken und Euro gerettet hat und, siehe Irland, immer noch rettet, während im Finanzsektor immer noch kräftig gegen den Euro und Eurobasierte Wertpapiere gewettet wird. Deshalb ist die Erwartung des Bürgers nicht nur fair, sondern berechtigt, dass die Politik jetzt in diesem Zusammenhang auch mal auf ihn hört und sich für seine Interessen stark macht.

Und der Bürger artikuliert seine Interessen klar und deutlich, beispielsweise in unserer Kampagne und der mit ihr verbundenen Petition:

Wir sind inzwischen 70 Trägerorganisationen, die allein über die Gewerkschaften, Parteien und kirchlichen Organisationen Millionen Bürgerinnen und Bürger repräsentieren. Darunter sind viele, die nicht als 'übliche Verdächtige' für ein solches Thema bezeichnet werden können. Zudem unterzeichneten in kürzester Zeit zehntausende unsere Petition, obwohl das Thema komplex ist und niemand von den Forderungen, die er/sie unterstützen, direkt profitieren (Egoismus als Triebkraft für dieses Engagement scheidet deshalb aus).

Zusätzlicher Backup meiner These: Im Sommer 2010 ergab eine repräsentative Umfrage zum Thema, dass die Deutschen ein verstärktes Engagement für Armutsbekämpfung usw. durchaus befürworten.<sup>9</sup> Und hier hätte man einen Weg, trotz aller Haushaltsengpässe und Sachzwänge an zusätzliches Geld zu kommen, zudem gezahlt von denen, die, wenn man die Bonuszahlungen als Maßstab nimmt, offensichtlich schon wieder den Hals nicht voll bekommen können während anderswo den Bürgern strenge Sparopfer auferlegt werden!

All dies gilt umso mehr, da die Bundesregierung ja bereits 2005 zu Protokoll gab, dass man wesentliche Ziele der Armutsbekämpfung, Klimawandel-Folgeprobleme, der

Millenniumsziele und Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen der regulären Haushalte nicht erreichen wird. Vielmehr, so die Bundesregierung, sei man auf die Einnahmen aus innovativen Finanzierungsinstrumenten angewiesen.<sup>10</sup> Freilich, hier wird es einen Kampf mit den NGOs geben, zumal 0,7% des nationalen BNE als Beitrag zur Bewältigung globaler Aufgaben nun wirklich keine unverschämte hohe Forderung ist. Ähnlich ärmlich sieht es mit den in Kopenhagen zugesagten Geldern für die Folgenbekämpfung des Klimawandels aus, ähnlich wackelig steht es um die Beiträgen für den *Global Fund to fight AIDS, Tuberculosis and Malaria*.<sup>11</sup>

## **Die Zeit des "Wutbürgers"?<sup>12</sup>**

Wie erwähnt, war ich von der großen Unterstützung der 'einfachen Bürger' für die Petition zu unseren Kampagnenforderungen überrascht. Als ich mich mit anderen beriet und nach den Gründen fragte, die hinter dieser unerwarteten Dynamik stecken könnten, war eine einfache Antwort: Wut. Wut auf die Akteure des Finanzsektors, die im Spätjahr 2009 schon wieder weitermachen wie bisher, Wut auf die Politik, die die Banken zu sehr schonte, und Wut angesichts der Tatsache, dass man diese Steuer nicht schon längst umgesetzt hat. Es ist doch so: Hat man die Einfachheit und Eleganz der Transaktionssteuer erstmal verstanden wundert sich jeder, warum es sie nicht schon längst gibt!

Hier bekam man aber bislang stets gesagt: Wenn wir's machen, dann gehen "die" woanders hin. Nun haben wir "sie" machen lassen, der Schaden ist riesengroß, die nächste Krise wächst heran. Was hat die ganze Privilegierung denn nun gebracht? Die Krise hat das bisherige Gezeter der Gegner zumindest relativiert und entkräftet. Alles spricht dafür, die Steuer nun einfach mal zu wagen und die dann mit ihr gesammelten Erfahrungen nach einer bestimmten Zeit auszuwerten. Ein kleiner Schritt, gewiss, aber auch hier mit symbolischer Bedeutung: Es geht darum, ob man immer wieder und jetzt schon wieder den Finanzinteressen nachgibt, oder ob man endlich mal versucht, ihnen mit der 0,05% Steuer ins Portemonnaie und Portfolio zu greifen.

Ich sagte eben, dass bei der Unterstützung der Petition durch die Bürger auch Wut eine Rolle spielte. Sage ich dies, dann fallen Ihnen sicher auch noch andere Dinge in unserer tagesaktuellen Landschaft auf:

- Atompolitik gegen den Willen vieler Bürger (Gorleben!)
- Mega-Bauprojekte gegen den Willen vieler Bürger (Stuttgart 21!)
- Bayerisches Volksbegehren gegen eine Verwässerung des Rauchverbots
- Berliner Volksbegehren gegen 'Geheimverträge' bei der Wasserversorgung
- Unmut über eine nicht nachvollziehbare Schulreform in Hamburg
- Der bundesweite Bildungstreik gegenüber dem Bologna-System an den Hochschulen.
- usw.

Zu allen vorgenannten Beispielen artikuliert sich das Volk in Kampagnen, Demonstrationen, Volksbegehren oder Petitionen. Ergo: Viele Aktionen und Aktivitäten der jüngsten Vergangenheit signalisieren sowohl Unzufriedenheit des Bürgers mit dem gegenwärtigen Gang politischer Entscheidungen und Entscheidungsprozesse, aber zugleich die Bereitschaft,

sich zu engagieren – also von wegen bloße Politikverdrossenheit. Auch die zunehmende Nutzung des Instruments der (Massen)E-Petition zeigt: Man will der Politik wichtige Anliegen signalisieren und ihr auf die Agenda setzen.

Freilich: Das alles hat durchaus ein emotionales Element, denn viele Bürger scheinen den Eindruck zu haben/scheinen es satt zu haben, von der Politik nicht ernstgenommen zu werden. Handelt es sich aber deshalb gleich um den Aufstand des deutschen Wutbürgers, wie der "Spiegel" es formulierte? Vielleicht. Aber vielleicht liegt es auch 'nur' daran, dass momentan wirklich sehr viel schlechte bzw. schlecht kommunizierte Politik gemacht wird und der Bürger anfängt, dagegen aufzubegehren. (Umso mehr, da das Grundgesetz keine wirklich praktikablen Instrumente direkter Demokratie anbietet) Zugleich denke ich aber, man sollte die Stimmung keinesfalls unterschätzen: In anderen Staaten sind im Kontext der Krisen, um die es hier geht, bereits Steine geflogen, Autos und Häuser in Brand gesetzt sowie Polizisten und Demonstranten verletzt worden. Das sind Zustände, die wir in Deutschland noch nicht kennen und auch künftig zu vermeiden suchen sollten.

Dabei spiegelt die Zunahme von Wut eine Tendenz, die auch weltweit zu beobachten ist. Dies geht nicht nur aus Jean Ziegler Buch "Der Haß auf den Westen" hervor. Hochgebildete und kenntnisreiche Gesprächspartner aus Afrika verweisen mir gegenüber immer wieder auf das Gefühl und Minderwertigkeit, Demütigung und Hilflosigkeit, die viele jungen Afrikanern gegenüber westlichen Akteuren (Personen, Firmen, Staaten, Institutionen...) empfinden und das zu einer Radikalisierung beiträgt – selbst wenn ihnen klar ist, dass die Chinesen es natürlich auch nicht besser mit ihnen meinen.<sup>13</sup>

Dieser Punkt würde noch viel mehr Diskussion erfordern. Etwa folgende Punkte:

- Die fließende Grenzziehung zwischen Wut und Protest: Wut ist leicht destruktiv, während Protest immer auch eine konstruktive Note und Engagement beinhaltet.
- Zuviel direkte Demokratie kann zu schwierigen Situationen führen, etwa die Volksabstimmung in der Schweiz, die Abschiebungsautomatismen beschließt, obwohl diese gegen die EU Menschenrechtskonvention verstoßen.<sup>14</sup> So etwas käme in unserer repräsentativen Demokratie nicht vor.
- Ähnlich wäre eine Unterscheidung zwischen "guter" und "schlechter" Wut vielleicht bedenkenswert: Wut um ihrer selbst willen, die das Gute auf der Gegenseite ignoriert oder völlig weltfremde Ziele hat und einer Wut/einem Protest, welche ein berechtigtes Anliegen zu Gehör bringen will, welches anders nicht wahrgenommen wird.<sup>15</sup>

All dies ist schwierig und kann in diesem Vortrag nicht angemessen diskutiert werden.

Ich möchte aber die heutige Gelegenheit, über den Tellerrand hinausblicken zu können, dazu nützen, auch noch einige grundsätzlichere Überlegungen darzulegen, warum das Konzept einer Steuer gegen Armut dem rein technischen Instrument der Finanztransaktionssteuer überlegen sein könnte.

## Konsequenzen aus der Globalen Vernetzung<sup>16</sup>

Der deregulierte Finanzmarkt mit dem nachfolgenden Crash hat gezeigt, wohin es weltweit führen kann, wenn man wichtige Bereiche einfach der unsichtbaren Hand des Marktes überlässt. Entsprechend sollte die Krise als eine Gelegenheit verstanden werden, grundsätzlich einmal zu überlegen, wer denn in dieser Welt das Sagen hat und was sonst angesichts tagesaktueller Ereignisse einer grundsätzlichen Revision bedarf.

Die mit Spekulation verursachten Krisen haben schließlich nicht nur uns Europäern geschadet. Sie haben auch anderen Staaten der Welt und deren Gesellschaften geschadet (Hungeraufstände!). Deshalb sind die Folgen dieser Krise nicht schon dann bewältigt, wenn der Westen und die Schwellenländer das Schlimmste überstanden haben. Die Folgen der Krisen werden in der zunehmend vernetzten Welt erst dann wirklich gelöst sein, wenn sie in allen Ländern behoben sind. Denn im Unterschied zu früher, als es etwa kein internationales Transportwesen mit Massen-Reisebewegungen gab, können wir uns heute mit unserem Tun in Europa nicht mehr vor dadurch mit-ausgelösten Folgeereignissen irgendwo in Afrika schützen.

Drei Beispiele:

- Wenn in Afrika zunehmend Gesellschaften aus dem Ruder laufen, weil der Staat seine Bevölkerungen nicht mehr angemessen versorgen bzw. stabile und berechenbare Perspektiven bieten kann, geht dies auch auf Kosten der internationalen Sicherheit, wie anhand von Terrorismus in Urlaubsparadiesen, somalischer Piraterie und weltweit Organisiertem Verbrechen deutlich wird.
- Nicht alle Menschen in armen Ländern sind alternativlos arm. Sollten jene ihre Jobs verlieren, bei gleichzeitiger Abwesenheit von Sozialversicherungen, dann werden sich sehr viele, vielleicht Millionen, überlegen, ob sie nicht dorthin auswandern sollen, wo doch offenkundig mehr Reichtum ist.
- Und wenn sie kommen, werden sie vielleicht Krankheitserreger mitbringen, die im Herkunftsland nicht mehr bekämpft werden können, weil Gelder für öffentliche Gesundheitsprogramme und Impfungen fehlt usw.

Will man all dies vermeiden? Junge Leute werden dann Berufsschulen ideologisierenden Madrassen vorziehen, wenn sie nach ihrer Ausbildung auch auf einen Job hoffen können.<sup>17</sup> Ähnlich Auswanderung: Migrantinnen bleiben dann zu Hause, wenn sie in der Abwägung hinsichtlich der Zukunftsfähigkeit ihres eigenen Staates mehr Anhaltspunkte für Gründe für das Bleiben sehen (stabile einheimische Wirtschaft, Jobs, Kranken-, Arbeitslosen-, Altersversicherung...) als in der privaten Verfolgung eines Zukunftsprojekts für sich und die engere Familie durch (illegale) Migration.

Ohne den Einsatz von Geld lässt sich das nicht vermeiden – eine Steuer gegen Armut würde es aufbringen.

## **Die Chance für neue Leitbilder und die Rückgewinnung politischen Primats**

Nun aber zu einer weiteren Entwicklung, die Sie alle kennen: Dass der "Finanzmarkt" in den vergangenen Jahrzehnten Gesellschaft und Politik derart unter Druck setzen konnte liegt auch daran, dass das neoliberale Paradigma als alternativlos verkündet wurde und ihm nach dem Zusammenbruch des Kommunismus keine praktikable Alternative auf der Ebene anderer politikgestaltender Leitbilder entgegengesetzt wurde bzw. werden konnte. Zugleich verlieren in der Folge von Säkularisierung und Individualisierung Religionen und andere Großverbände ihre gesamtgesellschaftliche Bindekraft und Bedeutung, die kleiner werdenden Gruppen können zudem leichter denn je gegeneinander ausgespielt werden. In dieser Situation kann geschickte und ressourcenreiche Lobbyarbeit erst recht ihre Anliegen platzieren, selbst wenn zahlenmäßig nur wenig Akteure dahinterstehen.

So kam es, dass utilitaristische und pragmatische Abwägung, Wettbewerb und Profitmaximierung die entscheidungsbestimmten Leitbilder werden konnten. Jahrzehntlang wurde dem Leitbild des deregulierten Markts, des Wettbewerbs und Gewinns alles andere untergeordnet oder ausgeklammert, was diesem Leitbild gefährlich werden konnte: Arbeitsrechte, fairer Welthandel, der Verschleiß nicht quantifizierbarer Allgemeingüter wie Luft oder Wasser, die Zukunft künftiger Generationen (Gift- und Atommüllentsorgung). Und selbst wo es angestrebt wurde, kamen Recht und Politik, mit ihren demokratisch-langwierigen Entscheidungsprozessen anderen, in Hinterzimmern getroffenen schnellen Entscheidungen kaum hinterher. Dort, wo der Staat bzw. Staaten sich zurückzogen bzw. seine/ihre Handlungsmacht nicht absichern oder ausweiten konnten, entstand ein Regulierungsvakuum, in dem Strukturen entstanden und wucherten, die für wenige hochprofitabel, für viele aber eine Verschlechterung ihrer rechtlichen, politischen und finanziellen Situation mit sich brachten. Und: Die grenzübergreifende Interaktion von Finanzinstitutionen, Transnationalen Unternehmen und – wie ich aus meiner Arbeit im Milieu der illegalen Migration weiß – Organisiertem Verbrechen breitete sich ungebremst aus.

Dieses grenzübergreifende Handlungsdefizit demokratisch legitimierter Institutionen in wichtigen Bereichen der Gesellschaft gilt es dringend zu beseitigen und die Diskreditierung des bisherigen Paradigmas durch die Finanzkrise und das fortdauernde Verhalten ihrer Akteure könnte der Anlass sein.

Hier ist die gegenwärtige Krise eine Chance: Der Crash könnte neue Dynamiken hin auf ein neues Leitbild in Gang setzen bzw. in Schwung bringen.

- Die Bereitschaft in der deutsch-österreichischen Bevölkerung ist vorhanden: Neun von zehn der repräsentativ Befragten wollen eine neue Wirtschaftsordnung, drei Viertel misstrauen den Selbstheilungskräften des Markts, man befürwortet eine Politik, die nicht mehr nur Wachstum um jeden Preis ermöglicht, sondern Gestaltung, die sich an Umweltschutz und Ressourcenschonung, der Vermeidung von Überschuldung und dem sozialen Ausgleich orientiert.<sup>18</sup>
- Wirtschaftswissenschaftler Deutschlands und Frankreichs empfehlen, dass 'Fortschritt' nicht mehr länger nur am BIP gemessen werden soll, sondern auch an Kriterien wie



"Lebensqualität" und "Nachhaltigkeit", eine Position, die sich Angela Merkel und Nicolas Sarkozy mit ihrer gemeinsamen Initiative zur Bewertung der Wirtschaftskraft von Staaten am 10.12.2010 zu Eigen machten.<sup>19</sup>

- Die Parteien im Deutschen Bundestag (ausgenommen die LINKSPartei) haben eine Enquete-Kommission eingesetzt mit dem Namen "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft", auch in dieser Kommission geht es um die Entwicklung neuer Wohlstandsindikatoren anstelle von/neben dem BIP.<sup>20</sup>

Ergo: Die Zeichen stehen gut für eine neue Vision, für neue weltpolitische gestalterische Vorgaben, die sich an Menschenrechten, Ökologie, Prinzipien der katholischen Soziallehre (Personalität, Solidarität, Subsidiarität...) oder Gestaltungselementen der sozialen Marktwirtschaft orientieren könnten. Es ist ja nicht so, dass wir ohne praxiserprobte Vorgaben bei Null anfangen müssten. Gerade wir Deutsche müssen uns nur daran erinnern, was denn die "goldenen Zeiten" in unserem Land waren, da der Reichtum breit gestreut und der Mittelstand am stärksten und stabilsten war, bevor hier wie überall das Auseinanderdriften von Reich und Arm begann. Entsprechend kommt in diesen und jenen Reden unserer Politiker immer wieder ein Bekenntnis zu Begriffen vor, die sich aus der sozialen Marktwirtschaft oder der Soziallehre herleiten. Beispielsweise Bundeskanzlerin Merkels Aufruf, der wie folgt lautete: "Es scheint mir Zeit zu sein, in diesem Zusammenhang an etwas zu erinnern, und zwar daran, dass der Finanzsektor im Kern eine dienende Funktion für das Funktionieren der wirtschaftlichen Kreisläufe hat. So ist der Bankensektor entstanden, das war sein eigentliches Selbstverständnis. Dieses Selbstverständnis muss wieder belebt werden; ansonsten werden wir große Schwierigkeiten mit unserer Wirtschaft haben."<sup>21</sup>

Nur dass es heute im Zeitalter der globalen Vernetzung durch Finanzsystem, Migration, Klimawandel und Tourismus eben nicht mehr nur um ein nationales, sondern ein globales Gemeinwohl geht!

Leider ist ein Kurswechsel auf dieser globalen Maximalebene nicht einfach: Während man sich in Kontinentaleuropa in diese Richtung besinnt, laufen Trends in den USA gerade in die andere Richtung: Die *Tea Party* Bewegung sorgt dort dafür, dass neoliberale Thesen wie weniger Einfluss des Staats, mehr Wirtschaftswachstum und Wettbewerb, niedrigere Steuern für Reiche usw. mehrheitsfähig bleiben. Ergo: Baldige globale Einigkeit ausgeschlossen.

Aber man könnte immerhin auf einer minimalen Ebene versuchen, in ganz bescheidenem Maßstab bestimmte sozialschädliche Entwicklungen wieder einzufangen und auszugleichen. Die Steuer gegen Armut empfiehlt sich als ein solches symbolisches Anfangsprojekt für eine klar erkennbare Trendwende in eine neue Richtung. Jahre und Jahrzehntlang wurden national und international schneller als je zuvor die Reichen reicher und die Armen ärmer. Wenn man also dem immer noch größten Profiteur der gegenwärtigen Weltordnung endlich einmal mit 0,05% in die Tasche greift, wäre dies ein glaubhaftes Zeichen für den Beginn einer weltweiten Umverteilung von Wohlstand von bislang ungekanntem Ausmaß, denn: In jeder statistischen Berechnungsvariante, die ich kenne, sind die Einnahmen aus einer Finanztransaktionssteuer höher als das, was die ODA aufzubringen vermag. Es wäre ein

Schritt weg von Almosen, hin zu einer neuen, in der Höhe kalkulierbaren Einnahmequelle: Vermutlich würde nach Einführung der Steuer auf bestimmte Produkte der Handel mit denselben zurückgehen. Ist dies aber geschehen, wäre dann anzunehmen, dass der Handel mit den verbleibenden Produkten auf einem bestimmten Niveau weitergehen wird, falls nichts Außerordentliches dazwischen kommt: Zur staatlichen Entwicklungshilfe gäbe es endlich eine komplementäre, nicht alternative, Finanzierungsquelle.

Die Regierenden in den wohlhabenden Staaten (Schwellenländer inklusive) würden durch die Besteuerung des Finanzsektors nicht nur ihren eigenen Bürgern, sondern auch den armen Ländern Handlungswillen und –vermögen demonstrieren, wenn sie dem Finanzsektor strukturell einen globalen Solidaritätsbeitrag abverlangen und nicht länger darauf zu hoffen, dass *charity*, *private* oder *corporate sponsoring* die Dinge angeht oder eben nicht.

Spätestens damit sind wir im Bereich der globalen *governance* angekommen, und damit beim derzeit politisch einflussreichsten globalen Akteur, den G20: Denn natürlich macht eine Steuer gegen Armut umso mehr Sinn, wenn sie in vielen Ländern eingeführt wird. Im Rahmen der G20 ist seit dem Zusammenbruch von Lehman Brothers sicher viel in die Wege geleitet worden, aber: Die Frage einer Kostenbeteiligung des Finanzsektors an der Finanzierung der Krisenfolgekosten (geschweige denn der globalen Allgemeingüter) war zwar noch Teil der Toronto-Erklärung, stand in Seoul aber nicht mehr auf der Tagesordnung.<sup>22</sup> Eine Finanztransaktionssteuer in Höhe von 0,05% wäre ein Schritt, der keinem G20 Staat großen Schaden zufügen würde, während arme Länder mehr als warme Worte aus Seoul benötigen, um auch nur die Millenniums-Entwicklungsziele bis 2015 zu erreichen und diese Standards anschließend zu halten.

In dem von mir geschilderten Kontext hat also die Steuer gegen Armut einen zweifachen symbolischen Wert:

Setzen sich politische Entscheidungsträger in dieser Angelegenheit gegenüber der Finanzwirtschaft durch, könnte weltweit eine Trendwende hin zur Rückeroberung der während der Deregulierungsphase verloren gegangenen Handlungshohheit der Staaten eingeleitet sein. Gelingt es nicht einmal hier, wo das Interesse des Staates an sich selbst motivierend vorhanden sein sollte (schließlich geht es um Steuereinnahmen!), um wie viel weniger dürfte staatliche Organe dann Chancen haben, wo es um noch viel komplexere Auseinandersetzungen und noch strittigere Gegenstände geht!

Im zweiten Fall, gegenüber armen Ländern, käme es zu einem Schritt weg vom Almosenempfänger hin zu einer ansatzweisen Partnerschaft mit höheren und stabileren Geldtransfers, würde ihnen eine perspektivisch verlässliche Planung ermöglichen. Entsprechend würde deren Bürgern, sofern auch andere Maßnahmen endlich umgesetzt würden, endlich eine realistische Hoffnung dahingehend geboten, dass ihr Land vielleicht doch eine Zukunft haben könnte und dass Auswanderungspläne deshalb erstmal hintangestellt werden sollten.

Freilich: Blickt man auf den Gang der Dinge, so ist momentan niemand zufrieden und jeder nörgelt herum. Die einen sagen: Solche Forderungen sind zu idealistisch und hoch gegriffen. Andere sagen: Solche Forderungen sind minimalistisch und nicht ausreichend. Meine Position

zum ersten Einwand ist bekannt, was sage ich den Vertretern des zweiten? Meiner Auffassung nach sind unsere Forderungen nicht minimalistisch. Denn der längste Weg, auch hin zu einem neuen globalen Leitbild für den Umgang zwischen Reich und Arm, beginnt bekanntlich mit dem ersten Schritt. Und: Wenn diese Schritt vollzogen wird, dann wird es alle Akteure, die ihn durchgesetzt haben, sehr ermutigen, die vielen anderen Schritte zu gehen, die natürlich auch wichtig sind, um die Folgen der vergangenen und die Ausmaße kommender Finanzkrisen abzumildern. Denn es ist doch so: Viele haben den Glauben daran aufgegeben dass es überhaupt noch möglich ist, den aus dem Ruder gelaufenen Finanzsektor, die Transnationalen Unternehmen, das Organisierte Verbrechen überhaupt nochmal an die Kandare zu legen und dem Allgemeinwohl unterzuordnen. Kleine Erfolge wie die Durchsetzung einer Steuer gegen Armut hätten psychologisch enorme Signalwirkung und würden von enormer motivierender Bedeutung sein.

All dies ist mühsames Bohren dicker Bretter, denn natürlich ist es leicht, den Kollaps eines bisherigen Paradigmas festzustellen, es ist jedoch schwer, ein neues an seine Stelle zu setzen. Hier sehe ich die Chance eines 'Minimalprojekts' wie der Steuer gegen Armut: Vielleicht wird vorerst nichts anderes übrig bleiben, als Politik über 'Kohärenzprojekte' zu machen, d.h. Schritt für Schritt zu sehen, für welche Anliegen es in der pluralistischen Gesellschaft Mehrheiten gibt und entsprechend vorzugehen. Eine Steuer gegen Armut ist ein solcher Schritt hin zu einem auf Solidarität orientierten Paradigma. Die Summe solcher Minimal-Projekte kann dann Orientierung und Richtung anzeigen, in der ein neues globales Paradigma insgesamt liegen könnte, dem man sich Schritt für Schritt, mit immer neu gesammelten Mehrheiten, annähern kann.

## **Politiklegitimation und Konsens jenseits von Partikularinteressen**

Ich komme nochmals zurück zum Anfangs angesprochenen Punkt, nämlich dem Zusammenhang 'Politik für Partikularinteressen' und 'Politik für Mehrheiten'.

Der Staat, und die Politik, leben von Voraussetzungen, die sie selbst nicht garantieren können.<sup>23</sup> Das sagt sich leicht, ist es aber nicht. Wer dies sagt, bringt auch zum Ausdruck, dass seiner Auffassung nach viele Werte nicht reduzierbar und verhandelbar sind. Was aber tut man, wenn in einer pluralistischen Gesellschaft unverhandelbare, letztbegründende Werte verschiedener gesellschaftlicher Gruppen in Spannung zueinander oder sogar gegeneinander stehen? Schließlich beantwortet ein Neoliberaler die Frage, welche Schritte jetzt nach der Finanzkrise "richtig" und "gut" sind, anders als ein Entwicklungspolitiker. Ein Appell an die "Vernunft" und "Gerechtigkeitsempfinden" hilft nicht, weil jeder andere Vorstellungen davon hat, und es gibt keine unumstrittene moralische Instanz mehr, die einen Streit zwischen diesen beiden Gruppen einvernehmlich schlichten kann.

Dabei gilt in der Demokratie, dass eine Regierung nur das umsetzen kann, wofür sie im Land Mehrheiten findet.<sup>24</sup>

Eine Kampagne wie die unsere zeigt, dass man auch in sehr komplexen Fragen, mit sehr wenig Geld, aber mit guten Argumenten erstaunlich viel Interessengruppen-übergreifende Zustimmung erreichen kann. Wo in einer Kampagne Bischöfe und Banker, Gewerkschafter und Wissenschaftler, Basisorientierte und Verbandsorganisierte zusammengehen, ist deutlich

mehr Legitimation als dort, wo volle "Kriegskassen" einflussreichen Gruppen die Arbeit mit Werbespots, Hochglanzbroschüren oder Arbeitsessen ermöglichen

Das gilt natürlich auch international. Auch weltweit kann die Politik nur das umsetzen, wofür es weltweit Mehrheiten gibt. Aber: Wenn man die Entwicklungen der letzten 12 Monaten betrachtet war kann man davon ausgehen, dass die Unterstützung der Idee auch in anderen Ländern zunimmt. Zum Beispiel:

- Finanztransaktionssteuerkampagnen gibt es inzwischen in vielen Ländern.<sup>25</sup>
- Kampagnen, die eine Finanztransaktionssteuer und eine Verwendung der Mittel für Armutsbekämpfung usw. fordern, gibt es m.W. zumindest in A, CDN, F, UK, N.
- 183 Organisationen aus 42 Ländern unterzeichneten einen Appell an den G-20 Gipfel in Seoul und befürworteten eine Finanztransaktionssteuer zur Finanzierung der globalen Güter.
- Der Internationale Gewerkschaftsbund forderte auf seinem 2. Weltkongress seine Mitgliedsorganisationen im Juni auf, eine aktive Rolle in der Kampagne für eine Finanztransaktionssteuer zu spielen.
- Mit der *Leading Group on innovative financing for development* fordern eine Reihe von Staaten eine Devisentransaktionssteuer zur Finanzierung von Armutsbekämpfungs- und Entwicklungsaufgaben,
- Die WHO empfiehlt in ihrem jüngsten Jahresbericht eine Devisentransaktionssteuer als Quelle zur Finanzierung globaler Gesundheitsaufwendungen.

Ergo: Hier sollte Politik mutig sein, die gesellschaftlich vorbereitete Grundlage aufgreifen und umsetzen.

Und man kann noch einen Schritt weitergehen: Es kam in der jüngsten Vergangenheit schon öfters zu erfolgreichen Kooperationen zwischen zivilgesellschaftlichen Gruppen und Regierungen. Etwa bei der Kampagne für ein Verbot von Antipersonenminen, in deren Zug es erstmals zur Ächtung einer Waffe kam, die zu Beginn der Bemühungen noch Bestandteil vorherrschender Militärstrategie war. Damals eine Sensation. Oder der Weg zum Kyoto-Protokoll. In beiden Fällen waren es im Übrigen europäische Kampagnen und Regierungen, die wichtige Durchbrüche ermöglichten. Im Fall der Landminenkampagne kam es sogar zu direkter, abgestimmter Zusammenarbeit, indem die Regierung Kohl/Kinkel, wie andere Regierungen übrigens auch, Vertreter der deutschen Kampagne in die offizielle Regierungsdelegation bei den Verbots-Konventionsverhandlungen beriefen. Durch den so ermöglichten Informationsfluss wurde eine koordinierte Begleitung der diplomatischen Verhandlung durch die Zivilgesellschaft möglich. So kam es zum *Ottawa Treaty*.

Vergleichbare Kontakte bestehen im Fall der Steuer gegen Armut zwischen Regierung und Kampagne in Deutschland noch nicht, aber immerhin sind alle drei Oppositionsparteien Mitglieder unseres Kampagnenbündnisses; und eine Mitgliedschaft ist eine ganz andere Form der Festlegung und Bindung an eine Forderung als eine bloße "Kooperation".

Darüber hinaus gibt es schon jetzt immerhin eine Kooperation zwischen der deutschen und französischen Transaktionssteuer-Kampagne, parallel zur entsprechenden Zusammenarbeit zwischen Angela Merkel und Nicolas Sarkozy (falls es denn bei den beiden eine ist).

Soviel zu einigen Beispielen gelungener, nationale Grenzen übergreifende, hin auf ein globales Gemeinwohl hinarbeitende '*governance*', die es verdient, ausgeweitet zu werden.

### **Schlussfolgerung: Einstieg in die globale Schicksalsgesellschaft**

Eine Steuer gegen Armut hätte die Finanzkrise nicht verhindern können, sie ist auch nicht in der Lage, eine weitere zu verhindern. Und mit ihr allein ist kein einziges der Probleme gelöst, von denen in diesem Vortrag die Rede war. Gleichzeitig steckt in dieser kleinen Steuer mehr, als sich auf den ersten Blick erschließt, denn:

Nach der Erlebnis- und Risikogesellschaft sind wir in der globalen Schicksalsgesellschaft angekommen. Klimawandel, Terrorismus, Migration, Finanzcrash, die schnelle Ausbreitung exotischer Krankheiten: All dies sind Ereignisse, die nationale Grenzen relativieren und weltweit das Bewusstsein von Verbundenheit wecken. Hier sehe ich auch die 'bloß' technokratische Frage nach Einführung einer Finanztransaktionssteuer und die kontextbezogene Frage nach einer "Steuer gegen Armut" angesiedelt.

Entsprechend würde ich mir wünschen, wenn es öfters gelingt, aus der technisch-rechtlichen Diskussion um die Einführung einer Finanztransaktionssteuer auszusteigen, einen Schritt zurückzutreten und den Blick auf die *Polis* insgesamt, auf Gemeinwesen und Gemeinwohl insgesamt, zu blicken. Im Kontext der Eurokrise klappt das schon sehr gut auf Europa hin, weil zumindest momentan Konsens ist, dass die Rettung des Euros nationale Eitelkeiten der einzelnen Eurostaaten übersteigen muss. Weltweit gesehen ist ein entsprechendes Bewusstsein noch unterentwickelt, denn sonst wäre *common sense*, dass Krise und Zukunft des Finanzsektors lediglich ein Weltproblem neben den Herausforderungen durch Terrorismus, Klimawandel, Migration usw. ist. Eine Entscheidung, die aus einer Abwägung all dieser Faktoren getroffen würde, wird sicherlich eher für eine Steuer gegen Armut statt für eine bloße Finanztransaktionssteuer sprechen

Lernen wir ein bisschen aus der Krise oder lernen wir viel? Gelingt uns gar eine Kurskorrektur weg von einem diskreditierten Paradigma hin in die Richtung eines neuen Paradigmas? Ich hoffe, ich konnte darlegen, dass eine Steuer gegen Armut ein ganz konkreter, symbolischer, bedeutungsgeladener Beleg dafür wäre, dass Schritte in die richtige Richtung möglich sind. Schritte, die jeder Staat ohne größeren Schaden mitgehen könnte, unabhängig von der eigenen Kultur und Tradition. Und kein Staat, keine Finanzinstitution wird deswegen bankrottgehen.

Um voranzukommen, ist viel Erklären und Vermitteln gefordert. Politikern kommt dabei gerade in Demokratien eine große Bedeutung zu: Wer privilegierten Zugang zu Wissen hat, muss es vermitteln (können). Dabei darf der Politiker nicht als Handlanger von wenigen, sondern er sollte als Interessenwahrer der vielen agieren – eben Repräsentanten des Volkswillens und obersten Souveräns. Und dazu gehört, dass man als Politiker eben nicht nur die Argumente des Finanzsektors in gesellschaftspolitischen Debatte aufgreift und

nachspricht, sondern hier und da auch einmal fallen lässt, dass man die Idee einer Steuer gegen Armut und ihren Symbolwert für richtig, wichtig und verfolgenswert hält.

Als jemand, der in Ländern mit anderen politischen Systemen auch gewohnt hat weiß ich, dass unser System sehr viele Vorzüge hat, um die uns viele beneiden. Dafür bin ich dankbar. Aber: In den vergangenen Jahren haben Deutschland und Europa in der Welt viel Glaubwürdigkeit und "Kapital" verspielt, weil in vielen heute von mir angesprochenen Bereichen zwar Worte und Absichtserklärungen gegeben wurden, aber selten Taten und vor allem Geld folgten, um all das zu untermauern. Ich froh, wenn in der Welt der nächsten Jahrzehnte neben den USA und China auch Europa mit seinem Ansatz eine bedeutende Rolle spielen könnte.

Tja, aber warum erzähle ich IHNEN das alles, schließlich sitzen hier keine Politiker? Das Bewusstsein, eine globale Schicksalsgemeinschaft zu sein, wächst nicht automatisch und eine auf diesem Bewusstsein aufbauende Politik, nicht mal eine klitzekleine Symbolpolitik, ist in unserem Land noch nicht mehrheitsfähig. Deshalb müssen wir alle ran. Jeder einzelne, die organisierte Zivilgesellschaft, Medien, Politiker: Alle haben hier durch ihr Denken, Reden und Tun einen wichtigen Beitrag zu leisten, bei dem man sich wechselseitig vernetzt, bestärkt und verstärkt – so lange, bis eine einst exotische Idee schließlich für alle selbstverständlich wird. Und so richtet sich mein Vortrag letztlich nicht bloß an die Politik, sondern alle, die hier sitzen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

---

<sup>1</sup> "When the capital development of a country becomes a by-product of the activities of a casino, the job is likely to be ill-done" (John Maynard Keynes (1936) *General Theory on Employment, Interest and Money*, Kap. 12. Internetressource unter < <http://www.marxists.org/reference/subject/economics/keynes/general-theory/>>)

<sup>2</sup> "My proposal is to throw some sand in the wheels of our excessively efficient international money markets." Tobin, J., "Proposal for International Monetary Reform". In: *Eastern Economic Journal*, 1978, 4, S. 153-159

<sup>3</sup> Vgl. "Gadhafi droht Europäern beim EU Afrika-Gipfel." *Die ZEIT*, 29.11.2010

<sup>4</sup> So auch Minister Niebel brieflich am 16.9.2010 an Justitia et Pax "Die Entscheidung, ob die Einnahmen aus einer Finanztransaktionssteuer letztendlich der Armutsbekämpfung zugute kommen, obliegt dem Parlament. Grundsätzlich dienen alle Einnahmen der Deckung aller Ausgaben und das Parlament entscheidet über die Verwendung der Einnahmen im jährlichen Haushalts-Aufstellungsverfahren".

<sup>5</sup> Vgl. Der Chef der britischen Börsenaufsichtsbehörde FSA sagte: "Dieses Bankensystem (schafft) Produkte, die auf der einen Ebene Volatilität begrenzen, die aber auch in einer Weise genützt werden können, die Volatilität zu vergrößern. Es ist schwierig, zwischen wertvoller und nutzloser finanzieller Innovation zu unterscheiden. Ich denke, dass einiges davon gesellschaftlich nutzlose Aktivitäten sind." Adair Turner Roundtable: "How to tame global finance?" *The Prospect*, September 2009, Seite 34ff.

<sup>6</sup> Vgl. Bundesratsdrucksache 657/3/10 vom 24.11.2010

<sup>7</sup> "Those that operate within the global economic architecture receive significant financial benefits. It is therefore appropriate that funding for public goods to support the economic and social stability that underpins the global economy should come from those who benefit most from participation within it. Based on this analysis and its remit, the Committee believes that the international financial system is the most suitable source of revenue to fund global public goods. International finance has grown enormously in recent decades, far outstripping growth in world trade and production. The profitability of the sector has also increased, so that in the United States, for example, finance represents 40% of all corporate profits. Given its role at the centre of the globalisation process, innovative mechanisms applied at the level of the global financial system would not just tax an activity that has relatively low taxation and concentrates a great deal of wealth, but would also ripple out through the world economy, so that global economic activity would be the ultimate source of funding for global public goods." Leading Group on Innovating Financing for Development: *Globalizing Solidarity* (2010) *The Case for Financial Levies*, Task Force Report, S. 13

---

<sup>8</sup> "Those that operate within the global economic architecture receive significant financial benefits. It is therefore appropriate that funding for public goods to support the economic and social stability that underpins the global economy should come from those who benefit most from participation within it. Based on this analysis and its remit, the Committee believes that the international financial system is the most suitable source of revenue to fund global public goods. International finance has grown enormously in recent decades, far outstripping growth in world trade and production. The profitability of the sector has also increased, so that in the United States, for example, finance represents 40% of all corporate profits. Given its role at the centre of the globalization process, innovative mechanisms applied at the level of the global financial system would not just tax an activity that has relatively low taxation and concentrates a great deal of wealth, but would also ripple out through the world economy, so that global economic activity would be the ultimate source of funding for global public goods." Leading Group on Innovating Financing for Development: Globalizing Solidarity (2010) The Case for Financial Levies, Task Force Report, S. 13

<sup>9</sup> Vgl. VENRO/Deine Stimme gegen Armut: Meinungsumfrage von TNS Infratest, Juni 2010, Volltext auf <http://bit.ly/umfrage2010a>

<sup>10</sup> "As a result of an extremely difficult budgetary and financial situation in Germany and of obligations under the Stability and Growth Pact, the decision on the EU step-by-step approach is not easy for Germany. It is important that we in the EU have agreed on a common approach with a view to the major event in September of this year. If we are to achieve our goals, innovative sources of financing will have to play an essential role. However, we will need to make joint efforts in this connection; openness will be necessary on all sides for the sake of effective proposals and pragmatic solutions." European Union, Council Conclusions 9266/05 vom 24.5.2005, S. 18 "Statement by Germany".

<sup>11</sup> Zugesagt wurden von Merkel in Kopenhagen 1,26 Mrd. Euro bis 2012, d.h. 420 Mio. Euro jährlich. Auf dem Papier fließt eine Menge, aber oft sind es Zuordnungen bereits anderswo vorgesehener Posten. An "frischem" oder "neuem" Geld gab es 2010 70 Mio. Euro, 2011 58 Mio. Euro, vielleicht etwas mehr, wenn man anderswo eingesetzte neue Mittel wiederum anrechnet. Aber keinesfalls wird die 420 Mio. Euro Marke an frischem Geld erfüllt vgl. <http://www.germanwatch.org/presse/2010-11-24.htm>. Auch die deutschen Beitragszahlungen in den Global Fund 2010 waren eine Zitterpartie. Wollte Minister Niebel den deutschen Beitrag zunächst auf 200 Mio. US\$ begrenzen, erreichte der Druck der Zivilgesellschaft, dass Kanzlerin Merkel den deutschen Beitrag bei 600 Mio US\$ beließ – zunächst einmal für dieses Jahr <http://blog.aidshilfe.de/2010/10/06/geberkonferenz-fur-den-global-fund-bleibt-weit-hinter-den-gesteckten-zielen-zuruck/>

<sup>12</sup> Dirk Kurbjuweit "Der Wutbürger", Essay, Spiegel 41/2010, S. 26f.

<sup>13</sup> Hier beobachte ich manchmal eher eine Art "Hassliebe" – man würde sich wünschen, dass es in Afrika 'mehr Westen' geben könnte und verzweifelt angesichts der Tatsache, dass 'der Westen' dies verunmöglicht oder keine angemessenen Hilfestellungen leistet. Und dies auf dem Hintergrund der vorhandenen Einsicht, dass das Engagement der Chinesen in Afrika auch wenig positive Folgen für breite Bevölkerungsschichten bringt, also keine wirkliche Alternative für die eigene Entwicklung ist – sieht man von Infrastrukturmaßnahmen dort ab, wo es den chinesischen Interessen wiederum nützt.

<sup>14</sup> <http://www.zeit.de/politik/ausland/2010-11/schweiz-abschiebung-kriminelle-auslaender>, <http://www.zeit.de/politik/ausland/2010-11/schweiz-abstimmung-auslaender>

<sup>15</sup> Die Frage nach "Guter" und "schlechter" Wut wird sicherlich zunächst einmal nach den je eigenen, nicht weiter hinterfragten Wertprämissen beantwortet. Ich jedenfalls würde die aufgeführten Beispiele als Ziele "guter" Wut bezeichnen, während ich die Wut von Sarrazin Anhängern als komplett weltfremd ablehnen würde. Wut als Mittel für Politik hat sodann den Nachteil der Polarisierung und deshalb Erschwerung von Konsens- und Kompromissfindung. Und: Man soll das Gute an unserer repräsentativen Demokratie nicht unterschätzen. Hält sich denn jeder "Wutbürger" ernsthaft für qualifiziert, es besser hinzubekommen? Sollte man nicht auch der Politik zutrauen, dass sie einen professionellen Job macht? Klar, es braucht mehr Instrumente, damit die Politikinhört und nicht zwischen den Wahlperioden an den Empfindungen der Bevölkerung vorbeiregert. Aber unterm Strich, auch das nehme ich aufgrund meiner Auslandsaufenthalte wahr, hat Deutschland ein politisches System, um das uns viele beneiden und ich bin immer wieder überrascht, wie professionell sich gute Leute in Deutschland für vergleichsweise erbärmliche Gehälter in Politik, Verwaltung und Rechtsprechung engagieren.

<sup>16</sup> Hierzu ausführlicher Alt, J. (2009) Von Fischern Flüchtlingen und Piraten. Zur Situation am Horn von Afrika ([http://www.joergalt.de/fileadmin/Bildgalerie/Joerg\\_Alt/Vortraege/2009/Von\\_Fischern\\_Fluechtlingen\\_und\\_Piraten.pdf](http://www.joergalt.de/fileadmin/Bildgalerie/Joerg_Alt/Vortraege/2009/Von_Fischern_Fluechtlingen_und_Piraten.pdf)), ders. (2009) Globalisierung, illegale Migration, Armutsbekämpfung. Karlsruhe, von Loeper. Ders. (2010) Stellungnahme vor dem Finanzausschuss am 17.5.2010 (<http://www.joergalt.de/vortraege/2010.html>).

<sup>17</sup> Lindemann, M. (2009) Unter Beschuss – Warum Deutschland in Afghanistan scheitert. Frankfurt: Econ, S. 91ff.: Viele arbeiten für die Taliban, im Drogenhandel und Kriminalitätssektor, weil sie keine normalen Jobalternativen haben. 60ff.: Viele Selbstmordattentäter sind ungebildet, da keine regulären Schulen vorhanden sind. Entsprechend sind Madrassen mit der nachfolgenden Indoktrination die einzige Alternative.

---

<sup>18</sup> EMNID Umfrage im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung, 19.8.2010. Zudem frage ich mich, ob wir uns diesen gestalterischen 'Luxus' vor allem deshalb leisten können, weil wir materiell schon so gut gestellt sind.

<sup>19</sup> "Genug der Solidarität" Süddeutsche Zeitung zum Treffen des Deutsch-Französischen Rats in Freiburg am 10.12.2010.

<sup>20</sup> Bundestagsdrucksache 17/3853 vom 23.11.2010, ebenso tagesschau Hintergrund vom 13.12.2010

<sup>21</sup> Regierungserklärung 10.11.2009

<sup>22</sup> Toronto Erklärung Nr. 21. In Seoul wurde lediglich gesagt, dass keine Firma zu groß sein dürfe, um nicht bankrott gehen zu können und dem Steuerzahler dadurch Schaden entstünde. Von einem Kostenbeitrag zu den Kosten der zurückliegenden Krise war nicht mehr die Rede (Summit Declaration Nr. 30). In der Leaders Declaration war zwar die Rede von den Millenniumszielen, nicht aber, wie dies erreicht oder finanziert werden solle.

<sup>23</sup> "Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. Das ist das große Wagnis, das er, um der Freiheit willen, eingegangen ist. Als freiheitlicher Staat kann er einerseits nur bestehen, wenn sich die Freiheit, die er seinen Bürgern gewährt, von innen her, aus der moralischen Substanz des einzelnen und der Homogenität der Gesellschaft, reguliert. Andererseits kann er diese inneren Regulierungskräfte nicht von sich aus, das heißt, mit den Mitteln des Rechtszwanges und autoritativen Gebots zu garantieren versuchen, ohne seine Freiheitlichkeit aufzugeben und – auf säkularisierter Ebene – in jenen Totalitätsanspruch zurückzufallen, aus dem er in den konfessionellen Bürgerkriegen herausgeführt hat." [Ernst Wolfgang Böckenförde (1976) Staat-Gesellschaft-Freiheit, S. 60]

<sup>24</sup> Hierzu ausführlich Alt, J./Fodor, R. (2001) Rechtlos? Menschen ohne Papiere. Karlsruhe, von Loeper, S. 15ff., vor allem Teil 2 zu politischen Aushandlungsprozessen in einer pluralistischen Gesellschaft.

<sup>25</sup> Siehe zu allen internationalen Kampagneninfos ausführlicher die Übersicht [http://www.steuer-gegen-armut.org/fileadmin/Bildgalerie/Kampagnen-Seite/Unterstuetzung\\_Ausland/Einzelstaaten/2010/FTT\\_Koalitionen\\_in\\_Europa\\_mapping\\_Nov\\_2010.pdf](http://www.steuer-gegen-armut.org/fileadmin/Bildgalerie/Kampagnen-Seite/Unterstuetzung_Ausland/Einzelstaaten/2010/FTT_Koalitionen_in_Europa_mapping_Nov_2010.pdf)